

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer Berlin SO 36, Schlesische Str. 42 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491	Berlin, den 29. August 1931	Erscheint wöchentlich am Sonnabend Bezugspreis: Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig
--	-----------------------------	---

Der Abwehrkampf der Gemeindearbeiter und Straßenbahner

Am Sonnabend, dem 22. August, nachmittags 4 Uhr, wurde im Reichsarbeitsministerium in Berlin die Vereinbarung unterzeichnet, nach der unter der Voraussetzung der Zustimmung der Reichsregierung der § 7 Abs. 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 abgegolten wird. — Wir haben in Nr. 34 „Gewerkschaft“ Bericht erstattet über die Bewegung bis zum Lohnabbaudiktat des Reichsarbeitgeberverbandes am 14. August 1931. Wir haben dem Reichsarbeitgeberverband die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses vom 11./12. August durch nachstehendes Schreiben mitgeteilt:

„Im Nachtrag zu unserer telephonischen Erklärung vom Donnerstag, den 13. August 1931, teilen wir Ihnen mit, daß die Tarifkommissionen des Gesamt-Verbandes für Gemeindebetriebe und -verwaltungen und kommunale Straßenbahnen das Verhandlungsergebnis vom 12. August d. J. abgelehnt haben. Wir erlauben uns, die Gründe für die ablehnende Haltung der Körperschaften noch im besonderen herauszustellen:

1. Die Anwendung der Notverordnung ist ein Eingriff in das Tarifrecht, — 2. die letzten Vorschläge des Reichsarbeitgeberverbandes bedeuten volle Durchführung der Notverordnung in zwei evtl. drei Etappen in kürzester Frist, — 3. die vergleichbaren Lohngruppen sind in ungerechter Weise ausgewählt worden. Die Einbeziehung der Handwerker- und Vertriebszulagen bei der Berechnung der Differenzbeträge zwischen Reichsarbeiter- und Gemeindearbeiterlöhnen bedeutet eine unerträgliche Mehrbelastung der Arbeiter.“

Durch Rundschreiben Nr. 9 vom 14. August 1931 haben wir den Bezirks- und Ortsverwaltungen nachstehende Anweisung über die ersten Abwehrmaßnahmen erteilt:

1. sofortige Mitteilung über Art und Umfang der Kürzung an die Bezirksleitung, — 2. kommen gekürzte Lohnbeträge zur Auszahlung, so sind diese unter Vorbehalt anzunehmen, da nach unserer Auffassung durch die Notverordnung a) der Einzelarbeitsvertrag nicht aufgehoben wird, b) weit selbst die Notverordnung die Einbeziehung der Sozialzulagen ausschließt, c) die Anwendung der vergleichbaren Reichsarbeiterlohngruppen von uns nicht anerkannt wird.

Sofortige Fühlungnahme mit den politischen Körperschaften (Parteien und Parlamente) ist notwendig, Versammlungen zur Aufklärung unserer Kollegen sind allerorts einzuberufen und die uns zur Verfügung stehende Presse ist entsprechend zu bearbeiten. — Bei Arbeitseinstellungen, die nur nach Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen dürfen, sind die statutarischen und sonstigen Bestimmungen genauestens zu beachten. — Von der Ausübung allerstrengster Disziplin ist der Erfolg unserer Abwehrmaßnahmen abhängig.

Die Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes hatten das letzte Machtmittel der Organisation — den Streik — in greifbare Nähe gerückt. Nach § 54 der Bundesfassung des ADGB, muß bei Streiks in gemeinnützigen Betrieben der Bundesvorstand benachrichtigt werden und ihm eine angemessene Frist zur Vermittlung zwecks gütiger Beilegung belassen werden. Der Verbandsvorstand hat sofort die Verhandlungen mit dem Bundesvorstand aufgenommen. Der Bundesvorstand hat angesichts der Handlungsweise der Arbeitgeber dem Gesamt-Verband freie Hand für seine Abwehrmaßnahmen gegeben und gleichzeitig die im Statut vorgesehene Vermittlungsaktion unternommen. Der Bundesvorstand des ADGB wandte sich sowohl an das Reichsarbeitsministerium als auch an den Präsidenten des Deutschen Städtetages mit dem Ergebnis, daß mit beiden Verhandlungen aufgenommen wurden, die dahin führten, daß am Sonnabend, dem 15. August, das Arbeitsministerium die Parteien zu neuen Verhandlungen für Montag, den 17. August, nach dem Arbeitsministerium einlud. Gleichzeitig oder auch

als Voraussetzung für diese neuen Verhandlungen zog der Reichsarbeitgeberverband sein Lohnabbaudiktat vorläufig zurück. Am Sonntag, dem 16. August, fanden Verhandlungen mit dem Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, statt, bei denen auch von dieser Seite der Wille zur Verständigung zum Ausdruck kam. Die Verhandlungen am Montag, dem 17. August, die vormittags begonnen hatten, dauerten bis weit nach Mitternacht. An den Verhandlungen nahmen teil vom Reichsarbeitsministerium Reichsarbeitsminister Stegerwald, Ministerialdirektor Sigler, Ministerialdirigent Mewes und vom Reichsfinanzministerium Ministerialrat Schilling; weiterhin die Vertreter der Arbeitgeber, von den Arbeitnehmern die Vertreter des Gesamt-Verbandes und der christlichen Organisation. Eingangs der Verhandlungen wies der Reichsarbeitsminister auf die große Notlage der Gemeinden hin. Die Konferenz von Chequers hätten durchgreifende Maßnahmen erfordert. So sei die Notverordnung mit größter Beschleunigung zustande gekommen. Er stehe nicht an zu erklären, daß die Verordnung in bezug auf das Tarifrecht ungerecht sei. Es sei notwendig, diesen Einbruch in das Tarifrecht zu beseitigen und nach Möglichkeit Vereinbarungen zu treffen, die trotzdem unter Berücksichtigung der Notverordnung eine Regelung herbeiführen, die bis 31. März 1932 Geltung haben sollen. Angesichts der drohenden Arbeitsniederlegung erklärte er weiter, daß die Reichsregierung für diesen Fall die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen ergreifen müsse.

In den vielstündigen Verhandlungen forderte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums restlose Angleichung; die Arbeitgeber erhoben die Forderung nach einer Kürzung ab 3. Augustwoche, letzter Termin für die vollständige Angleichung müsse der 31. März 1932 sein. In der Zwischenzeit könne in ein oder zwei Terminen die allmähliche Angleichung erfolgen. Die Arbeitnehmer überreichten im Laufe der Verhandlungen ihre Vorschläge, die als Abgeltung der Notverordnung in all ihren Bestimmungen für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner gelten sollten:

1. Ab 1. September 1931 werden die Löhne der Gemeindearbeiter bis zu 4. Proz. gekürzt. — 2. Ab 1. November 1931 ermäßigen sich die Löhne um weitere 2 Proz. — 3. Durch diese Kürzungen dürfen die Löhne der Reichsarbeiter nicht unterschritten werden. — 4. Ob und in welchem Umfange Arbeitszeitverkürzungen auf diese sich aus diesen Lohnkürzungen ergebende Einkommensverminderung angerechnet werden sollen, bleibt der bezirklichen Vereinbarung überlassen. — 5. Die Vereinbarung gilt bis zum 31. März 1932 bei einmonatiger Kündigungsfrist. Wird nicht gekündigt, verlängern sich die Lohnsätze um weitere 6 Monate.

Protokollerklärung: Die Parteien nehmen von der Erklärung des Herrn Reichsarbeitsministers Kenntnis, sich bei der Reichsregierung dafür einzusetzen, daß durch die Vereinbarung vom 17. August 1931 die Notverordnung für die Gemeindearbeiter als erfüllt gilt. Von der Zustimmung der Reichsregierung wird die Inkraftsetzung der Vereinbarung abhängig gemacht.

Der Vorschlag der Arbeitnehmer wurde von den Arbeitgebern als undiskutabel abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium machte hierauf den nachstehenden

Vergleichsvorschlag.

I. Die Stundenlöhne der Gemeindearbeiter in allen Bezirken werden von der dritten Augustwoche ab um 4 Proz. gekürzt. Zugleich fällt der Frauenzuschlag fort. Dabei dürfen die Reichsarbeiterlöhne nicht unterschritten werden. Die Grundlage hierfür bilden folgende Bestimmungen. Es werden behandelt:

1. a) der ungelernete Arbeiter nach Lohngruppe I TAR. (Lohngruppe VII TARp. und II TAR. (Lohngruppe VI TARp.)), — b) der angelernte Arbeiter nach Lohngruppe III TAR. (Lohngruppe V TARp.), soweit die Bestimmungen des TAR. (TARp.) die Eingruppierung in diese Gruppe erfordern, im übrigen nach Lohngruppe II TAR. (Lohngruppe VI TARp.), — c) der gelernte Arbeiter nach Lohngruppe VI TAR. (Lohngruppe III TARp.) und Lohngruppe V TAR. (Lohngruppe II TARp.).

Die Ausführung der vorstehenden Lohngruppen enthält keine Anerkennung für die endgültige Durchführung des § 7 Absatz 4 der Sicherungsverordnung vom 5. Juni 1931.

2. Weibliche Arbeiter sind nach Lohngruppe B 1 TAR. zu behandeln, soweit nicht Lohngruppe B 2 oder B 3 in Frage kommt. — Sind die Löhne der weiblichen Arbeiter nach einem Prozentsatz der männlichen Arbeiter geregelt, so hat es bei der sich hieraus ergebenden Angleichung sein Belieben, jedoch mit der Maßgabe, daß die Löhne der oben erwähnten Gruppen nicht unterschritten werden dürfen.

Für Sorgearbeiter erhalten vom Beginn der dritten Augustwoche an als Stundenlohn den Lohn des vergleichbaren Reichsarbeiters (bzw. Reichs Postarbeiters) gemäß Ziffer 1. Dazu treten Sozialzulagen gemäß den Bestimmungen des TAR. bzw. TARp., soweit solche Zulagen bisher gewährt wurden.

Die Regelung gemäß Absatz 1 dieser Ziffer gilt nicht, wenn der Fürsorgearbeiter nach dem Lohnsatz des Mitgliedsverbandes des RW. geringere als die sich nach Ziffer 1 ergebenden Bezüge zu beanspruchen hat.

Im übrigen werden die Stundenlohnbezüge (einschließlich Dienstalters- sowie etwaiger Ausgleichs-, Betriebs- und Handwerkerzulagen) der Arbeiter der Mitglieder der Bezirksarbeitgeberverbände mit den Stundenlohnbezügen (d. i. Grundlohn und Dienstalters- und Ortslohnzulagen und, soweit das Reich ähnliche Zulagen hat, die, wie die obigen Ausgleichszulagen ständige Lohnanteile sind, auch diese) der vergleichbaren Reichsarbeiter bzw. Reichs Postarbeiter (Ziffer 1) verglichen.

II. Anfang November dieses Jahres werden zwischen den Parteien dieser Vereinbarung neue Verhandlungen über die Lohnregelung in sämtlichen Bezirken stattfinden. Dabei soll für die Zeit vom Beginn der ersten Novemberlohnwoche bis zum 31. März 1932 die Differenz zwischen dem Gemeindefacharbeiterstundenlohn vom 12. August 1931 und dem Reichsarbeiterlohn vom 2. November 1931 insoweit angeglichen werden, daß die vorgenannte Differenz sich auf ein Drittel vermindert.

Falls in den Verhandlungen keine Einigung zustande kommt, so soll der Reichsarbeitsminister gebeten werden, gesetzliche Schlichtungsverfahren für die einzelnen Bezirke einzuleiten und mit den Schlichtungsverhandlungen eine Person als Schlichter zu beauftragen, die für die einzelnen Bezirke zentral in Berlin die Verfahren durchführt.

Die Parteien sind einig darüber, daß bei den Verhandlungen an Stelle des RW. der Reichsverband öffentlicher Arbeitgeber treten kann. Erklärungsfrist bis Mittwoch, nachmittags 6 Uhr.

Berlin, den 17. August 1931.

Die telegraphisch nach Berlin einberufenen Reichstarriskommissionen nahmen am Mittwoch, dem 19. August, zu dem Ergebnis Stellung. Entsprechend dem Vorschlag des Verbandsvorstandes wurde der Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums einstimmig abgelehnt. Die nachstehende Entscheidung bringt die Gründe für diese Ablehnung:

„Die gemeinsam tagenden Reichstarriskommissionen für Gemeindefacharbeiter und Straßenbahner nehmen nach einer ausführlichen Berichterstattung durch den Kollegen Polenske Kenntnis von dem Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums vom 17. August 1931 im Lohnkonflikt, der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 entstanden ist. Die Reichstarriskommissionen kommen einstimmig zu dem Ergebnis, daß der Vergleichsvorschlag für die Gemeindefacharbeiter untragbar ist.

1. Der Vergleichsvorschlag stellt das kollektive Arbeitsrecht nicht wieder her und bedeutet deshalb — wie die Notverordnung selbst — einen Eingriff in das Tarifrecht.

2. Die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums bedeuten praktisch die Durchführung der Notverordnung in zwei evtl. drei Etappen.

3. Der Vergleichsvorschlag will in Zukunft die Gemeindefacharbeiterlöhne nach dem Aufbau der Reichsarbeiterlöhne regeln. Die dadurch entstehende Differenzierung der Löhne in jedem Bezirk bei gleicher Arbeit und gleichen Lebenshaltungskosten ist untragbar.

4. Das Reich selbst zahlt für die Arbeiter seiner eigenen Werkbetriebe nicht die Löhne der Reichsverwaltungsarbeiter, sondern die Zahlung erfolgt nach Sondertarifen. Es hat durch diese Praxis selbst anerkannt, daß eine schematische Unterstellung aller Betriebe unter den Reichsverwaltungsarbeitertarif nicht möglich ist.

5. Die vergleichbaren Lohngruppen sind nicht in gerechter Weise gewählt worden.

6. Die Einbeziehung der Handwerker- und Betriebszulagen bei Berechnung der Differenzbeträge zwischen Reichsarbeiter- und Gemeindefacharbeiterlöhnen bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lohnbezüge.

7. Der Vergleichsvorschlag bringt keine Anrechnung der Kurzarbeit bei Senkung der Löhne. Dieses bedeutet in der Praxis für die etwa zur Hälfte kurzarbeitenden Gemeindefacharbeiter eine doppelte Belastung und ein Einkommen, welches unter dem der Reichsarbeiter liegt.

Aus den vorgenannten Gründen lehnt die gemeinsame Konferenz des Verbandsvorstandes und der Reichstarriskommissionen den Vergleichsvor-

schlag des Reichsarbeitsministeriums ab. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die Verhandlungen weiterzuführen und alle geeigneten Maßnahmen einzuleiten, die notwendig sind, um die von der Notverordnung betroffenen Arbeiter vor diesem unmöglichen Lohnabbau zu schützen.“

Im Anschluß an die Sitzung der Tariffkommission fand eine Konferenz des Verbandsvorstandes mit den Bezirksleitern und den Vertretern der größeren Ortsverwaltungen statt, die nach einem eingehenden Referat des Kollegen Polenske die Entscheidung der Tariffkommission noch im besonderen unterstrich.

Am Dienstag, dem 18. August, besaßte sich der Vorstand der SPD. und der Vorstand der SPD.-Reichstagsfraktion erneut mit der Notverordnung und mit der Zusage des Reichskanzlers Brüning, mit der Fraktion über Abänderung der Notverordnung zu verhandeln. Bei dieser Besprechung wurden auch die Lohnkämpfe der Gemeindefacharbeiter eingehend behandelt. Fraktions- und Parteivorstand beschloßen, umgehend die Verhandlungen mit dem Reichskanzler aufzunehmen. Die Besprechung mit der Regierung, an der auch Kollege Oswald Schumann teilnahm, führte zu dem Ergebnis, daß die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Vergleichsvorschlages des Arbeitsministeriums auf Freitag, den 21. August, 18 Uhr, verlängert wurde. Gleichzeitig lud das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu neuen Verhandlungen für Freitag, den 21. August, in das Arbeitsministerium. Die Tariffkommissionen für Gemeindebetriebe und -verwaltungen und Straßenbahner tagten in Berlin permanent. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig. In den späten Abendstunden lag ein neuer Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums vor, für den bis um 22½ Uhr die Zustimmung der Tariffkommission eingeholt werden sollte. Der neue Vorschlag, den wir im Wortlaut folgen lassen, brachte insofern eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Vorschlag vom 17. August, als durch seine Bestimmungen der § 7 Abs. 4 der Notverordnung als abgeholten angesehen wurde. Der neue Vorschlag lautete:

I. Sämtliche bezirklichen und örtlichen Lohntarifverträge und Lohnregelungen laufen bis zum 31. Oktober 1931.

II. Die Stundenlöhne werden ab Sonnabend, den 22. August, um 4 Proz. gekürzt, zugleich fällt der Frauenzuschlag fort.*) Dabei dürfen die Löhne der entsprechenden Reichsarbeiter nicht unterschritten werden. Zweck Ermittlung des hiernach nicht zu unterschreitenden Lohnes der Reichsarbeiter gilt Artikel I § 1, § 2, § 3 Ziff. 1, Satz 1, Ziff. 2—4 des Verhandlungsergebnisses vom 11./12. August 1931 entsprechend für diese Vereinbarung.

III. Dieses Abkommen gilt unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung es für die durch dieses Abkommen erfaßten Arbeitnehmer als Durchführung des § 7 Abs. 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 ansieht.

Berlin, den 21. August 1931.

*) Liegt der zu vergleichende Gemeindefacharbeiterlohn zuzüglich der Frauenzulage unter dem Reichsarbeiterlohn, so ist für die fortfallende Frauenzulage (Hausstandszulage) ein Lohnausgleichsbetrag in gleicher Höhe zu gewähren. Sinkt der zu vergleichende Gemeindefacharbeiterlohn zuzüglich Frauenzulage durch den Fortfall der Frauenzulage (Hausstandszulage) unter den Reichsarbeiterlohn, so ist ein Lohnausgleich bis zur Höhe des Reichsarbeiterlohnes zu gewähren.

Gegen Mitternacht des 21. August lehnten die Tariffkommissionen auch diesen Vorschlag mit überwältigender Mehrheit ab. Maßgebend für die Ablehnung waren in der Hauptsache

1. das Fehlen bezirklicher Verhandlungen, 2. die Nichtberücksichtigung verkürzter Arbeitszeit und 3. die Herausnahme der Fürsorgearbeiter aus ihrem bisherigen Tarifverhältnis und die Bezahlung nach den Reichsarbeiterlöhnen.

Im Anschluß an die Ablehnung fanden nach Mitternacht erneut Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt, die in den frühen Morgenstunden damit endeten, daß die Parteien vom Reichsarbeitsministerium amtlich zu neuen Verhandlungen auf Sonnabend, den 22. August, vormittags 11½ Uhr, geladen wurden. Die Tariffkommissionen nahmen zu der neuen Situation am Sonnabend früh Stellung und erteilten der Verhandlungskommission Vollmacht zur Unterzeichnung einer Vereinbarung, wenn in erster Linie die drei vorgenannten Ablehnungsgründe in den neuen Verhandlungen berücksichtigt würden und wenn weiterhin eine andere Regelung des Terms für den Beginn der Lohnkürzungen eintreten. Die Verhandlungen am Sonnabendmittag endeten in den späten Nachmittagsstunden mit einer Vereinbarung, in der die grundsätzlichen Forderungen der Organisation anerkannt wurden. Da die Voraussetzungen erfüllt waren, die von den Tariffkommissionen für die Unterzeichnung gefordert wurden, wurde nunmehr die im Wortlaut folgende Vereinbarung von den Parteien unterzeichnet:

Zwischen den dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands e. V. (RAD.) angeschlossenen Bezirksarbeitgeberverbände einerseits und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs sowie dem Zentralverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen andererseits wird durch die Unterzeichneten als bevollmächtigte Vertreter der vorgenannten Verbände folgendes vereinbart:

I. Sämtliche bezirklichen und örtlichen Lohn tarifverträge und Lohnregelungen laufen bis zum 31. Oktober 1931.

II. Die Stundenlöhne werden ab Donnerstag, den 27. August 1931 um 4 Proz. gekürzt; zugleich fällt der Frauenzuschlag (Hausstandszulage) fort^{*)}. Dabei dürfen die Löhne der entsprechenden Reichsarbeiter nicht unterschritten werden. Die Ermittlung des hiernach nicht zu unterschreitenden Lohnes der Reichsarbeiter erfolgt durch die Mitgliederverbände des RAD. im Benehmen mit den Bezirksleitungen der Gewerkschaften, gemäß Artikel I § 1, § 3 Ziffer 1, Satz 1, Ziffer 2 bis 4 des Verhandlungsergebnisses vom 11. und 12. August 1931 entsprechend für diese Vereinbarung.

III. Dieses Abkommen gilt unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung es für die durch dieses Abkommen erfaßten Arbeitnehmer als Durchführung des § 7 Abs. 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 ansieht.

Der Verhandlungsleiter empfiehlt beiden Parteien, bezirksweise darüber zu verhandeln, ob und in welchem Umfange durch Verkürzung der Arbeitszeit entstandene Härten ausgeglichen werden können.

Berlin, den 22. August 1931. (Unterschriften.)

^{*)} Liegt der zu vergleichende Gemeinde- usw. -arbeiterlohn zuzüglich der Frauenzulage unter dem Reichsarbeiterlohn, so ist für die fortfallende Frauenzulage ein Lohnausgleichsbetrag in gleicher Höhe zu gewähren. Sinkt der zu vergleichende Gemeinde- usw. -arbeiterlohn zuzüglich der Frauenzulage durch den Fortfall der Frauenzulage unter den Reichsarbeiterlohn, so ist ein Lohnausgleich bis zur Höhe des Reichsarbeiterlohnes zu gewähren.

Damit ist § 7 Ziff. 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 endgültig für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner abgegolten. Die durch die Vereinbarung für viele Kollegen eintretende Lohnkürzung bedauern wir sehr. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Lohnkürzungen nicht geeignet sind, der Not der Zeit abzuhelfen. Wenn wir trotzdem die Vereinbarung unterzeichneten, dann von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß ein Kampf der Gemeindearbeiter sich nicht nur gegen die Lohnabbauabsichten der Städte, sondern gegen ein Reichsgesetz wenden mußte. Wir waren uns über die Gefahren eines solchen Kampfes absolut klar. Wir wären bereit gewesen, diesen Kampf zu wagen, auch unter den so erschwerten Umständen, wenn es nicht gelungen wäre, der Notverordnung die schlimmsten Giftzähne auszureißen und sie durch diese Vereinbarung abzugelten. Wir waren überzeugt, daß die Kollegen dem Rufe der Organisation, das letzte Mittel zur Verteidigung ihrer Rechte einzusehen, gefolgt wären. Wir waren uns aber ebenso klar, daß von der übergroßen Mehrheit unserer Mitgliedschaft es gewürdigt und verstanden wird, daß wir durch die Verhandlungen eine Situation herbeiführten, die es ermöglichte, vom letzten Kampfmittel Abstand zu nehmen.

In den nächsten Tagen wird in Konferenzen und Versammlungen die Vereinbarung Gegenstand eingehender Erörterungen sein. Wir eruchen die Kollegen, bei der Behandlung der Fragen zu berücksichtigen, daß die Organisation durch die Notverordnung in eine Kampfstellung gedrängt wurde, die angesichts der Tatsache, daß die Notverordnung Gesetzeskraft hatte, unsere Position stark beeinflusste.

Dies Ergebnis ist im schärfsten Kampf gegenüber den Arbeitgebern und auch gegenüber der Einstellung fast der gesamten bürgerlichen Presse erzielt worden. Es muß an dieser Stelle mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß in diesem Abwehrkampf einzig und allein die sozialdemokratische Presse — vom „Vorwärts“ bis zum letzten Provinzorgan — sich der Interessen der Gemeindearbeiter in starkem Maße angenommen hat. Die bürgerliche Presse hat von wenigen Ausnahmen abgesehen restlos gegen uns zum Teil in scharfer Form Stellung genommen. Der „Börsen-Courier“, die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Bergwerks-

zeitung“, der deutschnationale „Berliner Lokal-Anzeiger“, sie haben in diesem Kampf gegen die überhöhten Löhne der Gemeindearbeiter geschrieben und sich für die Durchführung der Notverordnung mit allen ihren Konsequenzen eingesetzt. Auch die sogenannte partei-lose Presse in Berlin, die „Ullstein-Presse“, „Morgenpost“ usw., die sich gern ein arbeiterfreundliches Mäntelchen umhängt, hat es nicht für notwendig gehalten, unsere Darlegungen zum Lohnkonflikt zu bringen. Wir hoffen, daß die Gewerkschaftsgenossen die Konsequenzen aus dieser Haltung der bürgerlichen Presse ziehen. Die nationalsozialistische Parteipresse hat die Bewegung der Gemeindearbeiter fast völlig ignoriert, die Kommunisten haben in der bekannten Weise das Derratsgeschrei angestimmt und in großer Aufmachung die Bildung von Kampfausschüssen gefordert. Nach ihrer Meinung sollte aus diesem Kampf der Gemeindearbeiter der Sowjetstaat entstehen. Dieser Zukunftsstaat, von dem wir wissen, daß er sich nicht mit Lohnkürzungen von 4 bis 7 Proz. begnügt, sondern in Berlin in seinen Parteibetrieben und an anderen Stellen Lohnkürzungen bis zu 30 Proz. und mehr vorgenommen hat.

Ueberschauen wir das Endergebnis des Abwehrkampfes, so ist es uns gelungen, die wichtigsten Bestimmungen der Notverordnung § 7 Ziff. 4, die immerhin gesetzliche Kraft hatten, durch eine gewiß uns schwer belastende Lohn einbuße abzugelten. Wenn wir aber in Betracht ziehen, daß diese Lohn einbuße im Höchstfall 7 Pf. pro Stunde beträgt, und daß demgegenüber die volle Durchführung der Notverordnungen Lohnkürzungen bis zu 30 Pf. für die Stunde vor sah, so dürfen wir wohl das Ergebnis als einen relativen Erfolg buchen. Weiterhin gelang es uns zu verhindern, daß neu eingestellte Gemeindearbeiter nach den Lohnsätzen der Reichsarbeiter bezahlt werden sollten und daß das große Heer der Wohlfahrtsfürsorgearbeiter, etwa 70 000 in Deutschland, die zum größten Teil nach dem Gemeindearbeitertarif bezahlt werden, nicht unter den Reichsarbeitertarif fallen, sondern wie bisher nach dem Tarif der Gemeindearbeiter entlohnt werden.

Von größter Bedeutung ist die Empfehlung, bezirksweise darüber zu verhandeln, ob und in welchem Umfange durch Verkürzung der Arbeitszeit entstandene Härten ausgeglichen werden können. Diese Forderung war eine unserer wichtigsten. Die Arbeitgeber haben sich bis zum letzten Moment gegen diese Anerkennung verkürzter Arbeitszeiten zur Wehr gesetzt. Diese Bestimmung dürste es ermöglichen, daß in zahlreichen Bezirken und Orten, wie z. B. Berlin, Hamburg, Breslau, Freistaat Sachsen, Thüringen, Süd- und Westdeutschland die vorgesehenen Kürzungen erheblich zu beschränken. Von großer Bedeutung ist die von den Arbeitgebern ebenfalls auf das heftigste bekämpfte Bestimmung, nach der die Durchführung dieses Abkommens sowohl bezüglich der Arbeitszeit wie auch der Eingruppierung bezirklich erfolgen soll.

Wir haben durch diesen Kampf verhindert, daß der § 7 Ziffer 4 mit allen seinen Konsequenzen für die Gemeindearbeiter durchgeführt wurde. Wir haben durch das Verhandlungsergebnis die Möglichkeit geschaffen, bezirklich und örtlich die Unterlagen für eine vernünftige Regelung zu finden. Wir erwarten von der Mitgliedschaft, deren Belastung durch die Vereinbarung wir durchaus anerkennen, daß sie in dieser schweren Zeit der Organisation die Treue hält. Von der organisatorischen Stärke der deutschen Gemeindearbeiter wird es auch für die Zukunft abhängen, ob sie in der Lage ist, ihren Lebensstandard zu erhalten und zu verteidigen gegenüber den Angriffen aus allen Lagern. C. P.

Gesang des Arbeitslosen von Ruhe und Arbeit, Freude und Glück

Daß man sechs Tage Arbeit hat und einen Ruhe,
Das soll seit Adams und seit Evas Zeiten wohl so sein,
Doch wenn ich schon die ganze Woche gar nichts tue,
Dann ist die Existenz des Sonntags geradezu gemein.

Ich weiß es noch, wie es zu jener Zeit gewesen,
Da man am Sonntag sich was leistete für seinen Lohn!
Muß ich sechs Tage lang die Stempelkarte lesen,
Dann ist ein Ruhetag am siebten doch der reine Hohn.

Ich frage mich, ihr Leute: Ist der Bibelglauben,
Wenn so die Welt verändert ist, noch irgend etwas wert?
Man tat uns früher oft die Sonntagsruhe rauben,
Daß man jetzt keinen Tag uns Arbeit gibt, ist unerhört.

Die Welt war früher schlecht, jetzt ist sie aber schlechter.
Jetzt ist die Arbeit nicht nur, — auch die Ruhe ist dahin.
So soll es keine Ruhe geben, bis gerechter
Der Mensch erfüllt sieht seines Lebens eigentlichen Sinn.

Denn sind wir sicher nicht zur Arbeit nur geboren
Und kann die Freude auch nicht ein'ger Lebensinhalt sein,
So wird gewiß der Sturz der Elendsdiktatoren
Die Menschheit erst zu Arbeit, Ruhe, Freude, Glück befrei'n.

Walther Victor

Das Leben des indischen Arbeiters

Wir hörten in letzter Zeit viel vom heroischen Freiheitskampf des indischen Volkes. Die ehrbare, ja, man möchte sagen, die heilige Gestalt Gandhis ist uns allen bekannt. Auch hörten wir etwas von der Lebensweise des indischen Volkes. Und doch, kann der Europäer sich eine Vorstellung machen vom Leben und Treiben des unglücklichen 350-Millionen-Volkes im Fernen Osten? Was immer auch aus dem Befreiungskampf der Indier wird, es ist klar, die ökonomische Emanzipation dieses Volkes ist das wichtigste zu bewältigende Problem. Wie aber steht es mit der gewerkschaftlichen Organisation? Wie alles andere steckt auch diese noch in der Anfangsperiode. Alles was bis jetzt zustande kam, ist winzig klein. Wie könnte es auch anders sein bei einem Volk, das in etwa 400 Völkerschaften und fast ebenso viele Sprachen zerfällt? — Der englische sozialistische Publizist H. N. Brailsford, den seine Weltreise die letzten Monate auch durch Indien führte, der die dortigen Zustände aufs genaueste untersucht hat, schreibt über seine Eindrücke und Erlebnisse in der sozialistischen Wochenzeitung „The New Leader“:

„Wie soll der englische Indienreisende, der nichts von den vielen Sprachen versteht, das geistige Leben schildern, das unter der braunen Haut der inartikulierten Arbeiter pulsiert? Einen Einblick glaube ich in dem Augenblick erhalten zu haben, als ich in Ahmedabad neben einem Wasserhahn stand. Wasser in diesem siedenden Klima ist mehr als Geld, ja mehr noch als Essen. Nach einem Spaziergang von zehn Minuten ist das Hemd durchnäßt. Wenigstens vier Bäder pro Tag braucht der Europäer, um sich aufrechtzuerhalten zu können, um dann noch sehnsüchtig auf die vorbeiziehenden Büffel zu schauen, die, um sich zu erlaben, mit den Hörnern jede Pfütze aufreißen, die am Wege ist. Ich begriff den seelischen Zustand der Indier, als ich am besagten Wasserhahn stand, der zur Verfrachtung der Bewohner zweier Häuserreihen diente. Ich zählte 153 Wohnungen. 143 davon waren bewohnt. Jede Wohnung beherbergte eine Familie mit 5 oder 6 Köpfen oder auch 9. Siebenhundert Menschen waren zur Erhaltung ihres Lebens von einem einzigen Wasserhahn abhängig. Von der einen Wasserleitung mit dem einen Wasserhahn erhalten sie ihr Trinkwasser, ihr Wasser zur Erfrischung ihres schweißtriefenden Körpers. Hier holen sie das Wasser zum Waschen ihrer Kleidungsstücke. Ich fühlte das Wasser mit der Hand. Es war nicht warm, sondern heiß. Und jetzt konnte ich mir eine Vorstellung machen vom Leben der indischen Arbeiter. Doch drang ich tiefer in die Verhältnisse ein. Ich besuchte zwei oder drei Wohnungen, nahm eine oberflächliche Messung vor: etwa 10 auch 12 Quadratmeter pro Wohnung. Fenster gibt es nicht. Also kein Tageslicht, keine frische Luft, keine Sonne. Schornsteine sind unbelüftet. In den Wohnungen ein ägender Geruch des aufbewahrten Aufhängers, der zum Essenlochen dient. Die Fußböden sind einen Fuß tiefer als die Straßenbede. Bei Regenwetter müssen die Wohnungen überflutet sein. Jede Wohnung besteht aus einem Raum mit einer Art Veranda, groß genug für eine Person zum Schlafen. Die Dachung war recht mangelhaft, bietet keinen Schutz gegen Regen. Die zwei Reihen Häuser standen mit dem Rücken gegeneinander, und der schmale Weg dazwischen war fußhoch mit Schmutz und grünem Schlamm bedeckt...“

Von Bombay bis Kalkutta sah ich viele Arten von Arbeiterwohnungen. Einige, von wohlthätigen Unternehmern errichtet, waren erträglich. Die meisten waren noch schlimmer als die geschilderten.

In der Gerberei an der Peripherie von Bombay haben sich die Arbeiter ihre Wohnungen selbst zurechtgezimmert. Diese bausälligen Hütten in mitten von Schmutz und Säuren, an Raum etwa 23 zu 18 Fuß, beherbergen bis zu 30 Arbeiter. In einer dieser Hütten kich ich auf etwas, was ich zuerst für eine Gerätekammer hielt, die Tür war offen, und ich bemerkte drei Betten. Der Fußboden des „Gemachs“ war aus Erde. Dieser Raum war 12 zu 7 Fuß, kaum 3 Fuß hoch. Hier lebten drei Menschen. Der „Hausbesitzer“ war ein Indier. Doch sind die meisten Hütten Eigentum einer sehr reichen englischen Gesellschaft. An Wiete pro Kopf und Monat ist 5 Schilling zu zahlen. Die Wände sind aus galvanisiertem Eisen (bei der Hitze), die die Zusätze mit Zinnstreifen aus zurechtgeschnittenen Petroleumbehältern abkühlten. Es gab drei Wasserhähne für etwa 400 Seelen. In 170 Meter Entfernung war eine stinkende Anlage, „Abort“ genannt. Die Dunkelheit kam, als ich den Platz verließ, und man lebt in fortwährender Gefahr, im grünen Schlamm auszurutschen und in die offene Drainage zu fallen. Ueber den Abfallhaufen am Wege tummelten schon die großen Ratten...“

Was tut nun die britisch-indische Regierung zur Behebung der Zustände in diesem Labyrinth? „Der Bolschewismus gedeiht hier wie die Ratten und Moskitos“, schreibt Brailsford. Bei Bombay hat die Regierung eine schöne Arbeiterfiedlung bauen lassen, die aber jetzt zu Gefängniszwecken benutzt wird.

Es gibt auch Rudimente einer Fabrikgesetzgebung. Der Lohn der Gerbereiarbeiter beträgt jetzt sogar 25 Rupees pro Monat, das sind etwa 30 Mk. Die Gerbereiarbeiter, die an der Peripherie von Bombay wohnen, gehören zur Kaste der „Unberührbaren“. Da die Religion es den Hindus verbietet, an rohen Tierhäuten zu arbeiten, holt man sich die Gerbereiarbeiter aus der sogenannten Kaste der „Unberührbaren“ oder „Ausgestoßenen“. Es ist dieses die niedrigste Kaste im indischen Gesellschaftssystem. — Die Gerbereien befinden sich inmitten von Sümpfen, wo das Malariafieber gut gedeiht. Dann gibt es viele Haufen von Tierdünger, die das ihrige zur Verpestung der Luft beitragen. Diese „Kinder Gottes“ arbeiten nackt und stehen bis an die Hüfte im sumpfigen Boden. Männer und Kinder von zehn bis zwölf Jahren arbeiten zusammen. Die Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden und so fort, jeden Tag ohne Aufenthalt. Kinder sowohl wie Männer. In der Textilindustrie ist es schon etwas besser, da



Billiger als der Pflug arbeiten die indischen Landarbeiter

hier die Arbeiter wenigstens unter dem Schutz einer äußerst mangelhaften Fabrikgesetzgebung stehen, von einer ungenügenden Anzahl Gewerbeinspektoren liederlich kontrolliert. Die Fabrikgesetzgebung erstreckt sich jedoch nur auf maschinelle Betriebe, ergo werden die Gerbereien davon nicht berührt.

Wie steht es nun mit dem Koalitionsrecht der unglücklichen Arbeiter? Traurig, recht traurig! Zur Illustration schildert Brailsford das Los der Meerut-Gefangenen. Einunddreißig „Verbrecher“ sitzen nun schon zwei Jahre in Untersuchungshaft, weil sie während eines Streiks durch „Konspiration versuchten, den König (von England) der Souveränität über Indien zu berauben“. Unter den Verbrechern sind drei Engländer. Die Anklageschrift, ein Buch von 287 engbeschriebenen Seiten, wirft ihnen vor, in Versammlungen vom „Klassenkampf“ gesprochen zu haben. Sie sollen sogar eine Arbeiter- und Bauernpartei gegründet haben, die sich der kleinen kommunistischen Partei angeschlossen. Aber noch Schlimmeres wird diesen Verbrechern vorgeworfen. Man höre und staune: Sie sollen versucht haben, eine Maidemonstration zu organisieren! In einer Versammlung hat man sogar (es ist grauenerregend!) gerufen: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Wenn alles gut geht, wird der Prozeß, der fünf Millionen Rupees kosten wird (wieviel Wasserhähne könnten mit diesem Gelde wohl angelegt werden?), im September endlich zu Ende geführt werden.

Ueber die Pioniere einer kommenden Gewerkschaftsbewegung schreibt Brailsford:

„Hätten die Angestellten Bomben oder Gewehre? Das wird ihnen von der Anlagebehörde nicht vorgeworfen. Forderten sie auf zum bewaffneten Widerstand? Auch das nicht. Auch wird nicht hervorgehoben, welche Akte begangen wurden, um dem König die Souveränität zu nehmen. In Indien freilich, wo auf 150 Familien ein Wasserhahn kommt, mag der Thron auf einem sehr fragwürdigen Fundament basieren.“

Das Gegenstück zu diesen traurigen Zuständen bildet die Lage in Lancashire (England). In den letzten Wochen erschien der Bericht einer Textilmission im Fernen Osten. Hier wird nachgewiesen, wie die Wirtschaftskrise der englischen Textilindustrie durch die billigen Löhne im Fernen Osten verschlimmert wird. Was ist die Schlussfolgerung? Gelingt es nicht, die gewerkschaftliche Kraft der Arbeiter im Fernen Osten zu heben, dann besteht die Gefahr, daß die Lebenshaltung der europäischen Arbeiter mit denjenigen des Fernen Ostens ausgeglichen werden muß. Schöne Ausichten!

B. Weingart.

Der weiße Kuli

VII.

Auch Selbstmord kommt vor. Die Leute „drehen durch“ — wie man im Schiffsjargon sagt. Halb blödsinnig baumelt man an Deck herum, geht hinein in seine stickige „office“ — der Ventilator faust Tag und Nacht — Was er zufächelt ist heiße Luft, aber wenigstens bewegte Luft. In Bergen häuft sich das Geschirr, guckt einen blöde an: „Sollen wir vielleicht von selbst fertig werden, wir hundert Tassen, hundert Teller, hundert Bestecks, hundert — — weiß der Teufel, was sonst noch alles?“ Man läßt Wasser in die Tröge einlaufen — eigentlich schon warm genug — aber für den Mist? — Heißer, heißer, viel viel heißer, man stellt „Dampf“ an, das knallt, brodelt, surrt, brummt — lieblich für die Nerven, die so schon angespannt sind! Heiß schlägt einem entgegen. Der Schweiß läuft durch die Augen und blendet. Unangenehm klebt einem Hemd und Hose auf der Haut — Schweinerei, verfluchte. In Drei-Deubels-Namen, hinein in den heißen Sud, der nach Seife und ranzigem Fett stinkt. Mechanisch gehen die Finger. Trotz der Hitze noch „Akkordarbeit“. Ach, es ist schon mehr „Fimmeligkeit“. Rasen — rasen — rasen! — Donnerwetter, Teller kaputt — in die Scherben reingepackt; ein Lappen Haut hängt am Daumen. Blut? Ein bißchen, ist nicht so schlimm — weiter! Geschirr erledigt. Ausatmen — Blick auf die Uhr. Damned. Nur noch drei Viertelstunden und „Eisziehen“. Bis dahin muß alles „klar“ sein. Los Mann! Eimer her! Seife, Soda. Stell Wasser an. Ich scheure, du spülst nach. Rangewächst! Keine Müdigkeit vorgeführt!

„Zwei rote Rosen, ein zarter Kuß —“ ja, piepe — „Mensch, paß auf, denkste, ich habe kein Gefühl — einem das heiße Wasser in die Schuhe zu gießen!“ — „Blöder Hund, puß' dich gleich aus'em Anzug! — „Mecker nicht!“ — „Duffliger Hund, gaff nicht — los, fertig — raus!“ — „Reiß mach ich allein.“ — „Ich hab' noch nie ein Weiß geküßt, aber du, aber du, aber —“ „Machen Sie nicht so einen Krach“ — (Stimme aus dem Hintergrunde) „Dorsehen! Heiß Wasser, heiß — heiß — heiß!“ — „Mensch, du Rindvieh!“ — „Hab' ich nicht laut genug gebrüllt?“ — „Hau dir welche in die Fresse!“ — „Du haust auch so lange, bis de mal einen trifft.“ — „Hörst ja.“ — „Du nicht, du nicht!“ — „Lausiger Aufwäscher, haßt 'ne viel zu große Schnauze — dir werden sie schon!“ — „Mann, hau ab, halte die Leute nicht von der Arbeit ab — kannst mi — Mahzeit.“

So, Gott sei Dank, das hätten wir, schnell mal das „Blanke“ — „Welches Aas hat mein Puzzeug geklaut?“ — „Paß auf deinen Mist selbst auf“ —

Na, dann nicht, maleidetta. — 11 Uhr. Korb her. — Eis holen! „Hallo, wo ist Friße?“ — „Matt, schlapp gemacht?“ — „Ja, liegt auf der Luke.“ Dummes Schwein, warum schleppt er so viel. —

„Wat, in'n Kühraum? — Nee, lieber Herr, danke, ohne Zeug geh ich da nicht rin.“ — „Mann, los, hab' keine Zeit!“ — „Gehst mich niz an.“ — „Verdammt und zugenäht, der Schädel brummt einem ja — alles dreht sich.“ — „Woll besupen wäran?“ — „Wir armen Hunde — und besoffen — so siehste aus.“ Eben mal stink rasierern. „Hallo, Hänchen, Mann, wie siehste aus?“ — „Geh kaput, Mensch.“ — „So stink geht das nicht.“ — „Oh-oh-oh, verflucht, das hält kein Schwein aus!“ — „Ha-a-a-a-n-n-s!!!!“ — „Welches Kamel brüllt da bloß so?“ — „Hans, nu hör doch — Essen holen für Passagiere — ist schon 10 vor 12!“ — „Jau, man langsam, laß die Bananen ruhig einen Augenblick warten.“ — So, Fleisch, Gemüse, Sauce, all right. — „Ich hole kein Fressen wieder, der rote Hund, der Koch, wird von Tag zu Tag schweinemäßiger.“ — „Müssen ihm was zugeben, der Kerl ist ja sowieso schon halb verrückt — und dann noch die Hitze —“ „Will jemand noch Fressen?“ — „Danke, danke, so'n Fraß könnste alleene fressen!“ — „Gut, also keiner mehr. Komm bloß nachher keiner und medert von wegen Kohldampf und so —“ „Nun mal 'n bißchen los, daß hier Ruhe wird!“ (Wieder Stimme aus dem Hintergrunde. — Stimme des Ober-Stewards.) „Jawoll, sofort!“ — „Du, Hans, wollen wir stink einen ausknobeln?“ — „Du legst vor.“ — „Verdammt, verflören!“ — „Hase, gib uns zwei Bier!“ — „Gib't's nicht mehr, ist 1 Uhr.“ — „Los, Mann!“ — „Kann ich nicht, krieg den größten Krach.“ — „Schweinehund.“ — „Hans, mach' klar.“ — „Hab' Zeit.“ — „Mir ist's egal.“ — „Na, denn man ran, zum K...., aber, wat willstest maken?“ —

Am siebenten Tage Suez. Gott sei Dank. Abends durch den Suezkanal. Stehen am Vordersteven. Noch so ein Trimmer. Riechen den Arbeitsschweiß. Vertrauen. Reden dies und das. „Mensch, du bist auch dein Leben lang kein Aufwäscher gewesen!“ — „Nee, Mann.“ — „Wat denn?“ — „Oh, so dies und das —

Schule und so —.“ — „Wat ausgestressen?“ — „Dat gerade nicht.“ — „Na, is auch egal.“ — „Jä hab' auch wat Bess'eres gesehen.“ — „In Genua wollen wir mal wieder besser leben, wat?“ — „Was nützt denn dem Seemann sein Geld, wenn er mit 'n...“ —

Rechts und links die Wüste. Warm und entnervend streicht uns der Wind entgegen. Stockende Fahrt. Halten. Dorfahrsrecht. Auf dem Deck feiern sie Abschied von Afrika. Hol' sie der Deubel. Der arme Hund steht hier unten und flucht, und die Augen werden ihm naß. Der Wüstenwind trocknet sie schnell. Oben und unten. Geht auch vorüber. Bist eben nur ein Kuli, ein Mistvieh, haßt ja Arbeit und Fressen, was willst du mehr? — Ja, ja, was willst du mehr? Aber da drinnen in der Brust — wie ist's damit, he Kuli? —

Morgens Port Said. Moscheen, Zigarettenfabriken. An der Pier das Denkmal Ferdinand Lesseps, des Erbauers des Suezkanals. Abschied von Afrika. Verflucht, das tut gut. Raus aus der Hölle. Mal wieder anständige Luft und Appetit und Lachen, das so selten geworden ist. Und mal wieder Scherz und — und — und Hoffnung, Denken, Sehnsucht nach Lieben da hinten in der Heimat — ach, ja —. Heimwärts! Au, jetzt geht's heulen los! Seemann und heulen? — Rindvieh!

Die Insel Kreta in der Ferne. Erinnerungen an griechische Geschichte. Minotaurus, Jungfrauen, Argonauten, Mord, Mord. Wasser — Wasser — Wasser —

Morgens früh ¼ 6 Uhr: Straße von Messina. Hallo, alles wach! Italienische Küste in Sicht. Blandunkel. Ueber Kalabrien geht die Sonne auf. Ah, ah. Alles staunt und guckt. Weinberge, Oliven-, Orangen-, Zitronenhaine. Feine Ecke. „Siehste den Aetna?“ — „Nee, Mensch.“ — „Da oben.“ — „Ach ja, tatsächlich, Donnerwetter!“ — „Weit, weit fort, die Höllenzüge, Sigiliens Küste krönen, bald schon in den Wolken, kräuselt sich ein kleines, rosarotes Wölkchen, als wenn ein alter Dater seine Morgenpeife raucht — der Aetna.“

Messina. Die Paradiesstadt. Schaudernd denkt jeder an die Zerstörung Messinas im Jahre 1909 durch ein fürchtbares Erdbeben. Heute sind nur noch geringe Spuren davon zu sehen. Der Optimist Mensch, der auf dem Pulverfaß gemütlich seine Zigarre raucht.

Steuerbord — wie aus dem Meere gewachsen — der Stromboli. Das kleinste der Geschwister: Aetna, Vesuv und Stromboli. Der brennende Berg. Schaurig-schön, eine nervenkitzelnde Sache.

Auch dort an diesem brennenden Inselberg hat sich eine blühende Stadt angebaut. Zutraulich schmiegte sie sich an den feuerpeinenden Riesen, als wollte sie sagen: „Lieber Riese, du wirst mir doch nichts tun? Ich habe so viele nette Häuschen hier aufgestellt, so viele, viele schöne und glückliche Menschen leben darin, wäre es nicht schade, wenn alles zerstört würde und tot wäre?“ — Der Riese feigt in seinen Bart von erkalteten Lavaströmen. Was scheren ihn die lächerlichen Gebäude und diese affigen Menschenlein. Wenn es ihm in den Kopf kommt, dann wird er nicht nur „spucken“, sondern er wird toben, wüten, rumoren, bis der ganze Berg ein glühender Kegel sein wird, an dem schäumend die Wellen sich in Wasserdampf verwandeln. Die Häuser aber werden zerfließen in Weißglut und die Menschenlein werden schmoren wie Fliegen, die man in eine Blechschachtel sperrt und ins Feuer wirft. Ja —

Nordwärts geht der Kurs. Die Küste von Korsika. Ajaccio, die Geburtsstadt Napoleon Bonapartes, jenes großen „Sklassen der Gewalt“, des großen Utopisten. Leider war er nur ein Mensch. Ein Gott hätte er sein müssen, um das zu erreichen, was er wollte: Die Vereinigten Staaten von Europa. Als Mensch aber mußte sein Werk Stümpererei werden. Er war die „große Seuche“ Europas, denn auf dem Wege der Pest in Europa haben nicht soviel Leichen gelegen, wie auf seinen Wegen. — Und dann ging die Fahrt zur großen Stadt der Kunst, des pulsierenden Lebens und des Schmutzes — Genua. Der erste Fuß seit Monaten auf Europas Erde.

Hallo Seemann, Geld! „Coachman, bring us to the puff!“ Eine olle, klapprige Kalesche mit einem noch klapprigeren Gaul. Durch die hochenden Straßen Genuas. Bergauf geht's. Der Gaul keucht. „Sollen wir schieben?“ Prrr! Halten vor einer Bude.

Bringen sie uns da einen Muskateller! Donnerwetter — hat so ein Seemann monatelang keinen Alkohol gerochen und nun diesen Deubelswein! „Mensch, hein, der schmeckt, was?“ — „Jau Mann, dofte — Junge, Junge!“

Der Gesamt-Verband dem AfA-Bund beigetreten

Der Gesamt-Verband ist die Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die jetzt in ihm vereinigten früheren selbständigen Verbände organisierten schon seit Jahrzehnten Angestellte innerhalb ihrer verschiedensten Berufsgruppen. Wie vielgliedrig unser Organisationsgebiet auch in bezug auf die Gewinnung von Angestelltenmitgliedern ist, ist aus dem „Abkommen über die Abgrenzung der Werbegebiete zwischen uns und dem Zentralverband der Angestellten — Bund der technischen Angestellten und Beamten — Deutschen Werkmeister-Verband — Verband deutscher Schiffsingenieure — Verband deutscher Kapitäne und Steuerleute der Handelschiffahrt und Hochseefischerei“ erkennbar. Es war in der Vergangenheit unvermeidlich, daß die vorgenannten AfA-Verbände teilweise mit ihren Werbegebieten diejenigen unserer Organisation überschneiden mußten, andererseits konnten wir auf die Erfassung von berufszugehörigen Angestellten, die auch teilweise aus dem Arbeiterverhältnis in das Angestelltenverhältnis hinübergewechselt waren, oder einer geschlossenen Berufsgruppe, wie beispielsweise dem Gesundheitswesen, angehörten, nicht verzichten. Es ergaben sich zwangsläufig in der zurückliegenden Zeit „Grenzstreitigkeiten“ und auch Schwierigkeiten bei der tariflichen Wahrnehmung der Interessen der Angestelltenmitgliedschaften.

Diese Schwierigkeiten sind nunmehr beseitigt durch ein „Ab-

kommen über die Abgrenzung der Werbegebiete“, das mit Wirkung ab 1. Juli 1931 mit den vorgenannten AfA-Verbänden abgeschlossen worden ist. Es sind nunmehr die Gegensätze beseitigt und es ist der Weg freigemacht für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten in den durch das Abkommen abgesteckten Grenzen. Aus diesem Abkommen und aus der Tatsache, daß ab 1. Juli der Gesamt-Verband mit seinen Angestelltenmitgliedern dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) beigetreten ist, ergibt sich u. a. die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität und zur gemeinsamen Unterstützung in der Organisations- und Werbearbeit und vor allem bei der beruflichen und tariflichen Interessensvertretung der Angestelltenmitglieder.

Unsere Mitglieder im Angestelltenverhältnis werden nunmehr den Bezirks- und Ortskartellen des AfA-Bundes angeschlossen, so daß auch in den Orten und Bezirken ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten erfolgen kann.

Weiter erhalten wir durch unseren Beitritt zum AfA-Bund die Möglichkeit, Vertreter in den Bundesvorstand und Bundesausschuß des AfA-Bundes zu entsenden und die beim Bundesvorstand des AfA-Bundes eingerichteten Sachausschüsse zu besetzen. Hierdurch steigert sich ebenfalls die Möglichkeit einer intensiven und wirkungsvollen Interessensvertretung.

J. Scherff.

Gewerkschaften der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und Verkehrswesen in Großbritannien

Die jüngst veröffentlichte amtliche Statistik der Gewerkschaften in Großbritannien ergibt für das Jahr 1929 einen Zuwachs von 4 794 000 auf 4 833 000 Mitglieder oder um nicht ganz 1 Proz. Die männlichen Mitglieder haben um 31 000 zugenommen, die weiblichen um 8000. Seit 1927 hat sich die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder nur wenig geändert, seit 1920 aber ist sie um 3 500 000 gesunken. Der von 1917 bis 1920 eingetretene Mitgliedererfolg ist in den darauffolgenden vier oder fünf Jahren wieder verloren gegangen. Schuld daran war vor allem die starke Beschäftigungslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise. Es kommen aber auch noch andere Umstände zur Erklärung des Mitgliederverlustes in Betracht. Die bei Kriegsende hinsichtlich des sozialen Fortschrittes gehegten Erwartungen blieben zu einem großen Teil unerfüllt und die optimistische Stimmung jener Zeit flaute bald ab. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen übt seit dem Ausbau der staatlichen Sozialversicherung eine geringere Anziehungskraft aus als früher. Vielleicht ist es auch ein Mangel der Organisationen in Großbritannien, daß ihre Einrichtungen zu zweckmäßiger Nutzung der Freizeit und zur Weiterbildung der Mitglieder verhältnismäßig wenig ausgestaltet sind. Würde hierauf mehr Wert gelegt, so würde namentlich ein stärkerer Zugang junger Mitglieder eintreten. Unter kommunistischen Gegenströmungen haben die britischen Gewerkschaften viel weniger zu leiden als die freien Gewerkschaften Deutschlands, und eine nationalistiche Bewegung gibt es in Großbritannien überhaupt nicht.

Die Organisationen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst hatten Ende 1913 234 000 Mitglieder, 1920 465 000, 1927 343 000, 1928 354 000 und Ende 1929 368 000. Hier fand also in den letzten Jahren ein fortgesetzter Aufstieg statt, vornehmlich wohl deshalb, weil diese Gruppe von Arbeitnehmern weniger unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatte als die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft. Ein bedauerlicher Umstand ist die weitgehende Zersplitterung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Im Jahre 1929 verteilten sich die 368 000 Mitglieder auf nicht weniger als 285 selbständige Organisationen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in dieser Gruppe war 1920 95 000, 1927 62 000, 1928 64 000 und 1929 67 000.

Die Arbeitnehmer im Schiffs- und Hafenverkehr hatten Ende 1929 16 Gewerkschaften mit 103 000 Mitgliedern, wovon über 72 000 auf den Landesverband der Seeleute (National Union of Seaman) entfielen. Die höchste Mitgliederzahl der Gruppe war auch hier Ende 1920 erreicht worden, als sie 193 000 betrug. Schon im nächsten Jahre erfolgte eine Senkung auf 141 000 und 1925 waren nur noch 86 000 Mitglieder vorhanden. Seitdem fand — von einem unbedeutenden Rückgang im Jahre 1927 abgesehen — wieder ein Aufstieg statt.

Die Organisationen der Transportarbeiter zu Lande (ausgenommen die Eisenbahner) sind in der amtlichen Gewerkschaftsstatistik neuestens mit den allgemeinen Arbeiterverbänden zu einer Gruppe vereinigt. Die hier in Betracht kommenden 17 Gewerkschaften hatten Ende 1929 759 000 Mitglieder, verglichen mit 769 000 1928, 815 000 1927 und 1 685 000 1920. Von 1920 bis einschließlich 1923 sank die Mitgliederzahl; dann folgte 1924 eine starke Zunahme und von 1925 wieder eine Senkung. Die stärkste der 17 Organisationen ist die Transport and General Workers Union, die Ende 1929 423 000 Mitglieder hatte, gegenüber 316 000 1928. Im Jahre 1929 vereinigte sich mit diesem Verband die bis dahin selbständig gewesene Workers Union, ein allgemeiner Arbeiterverband. An zweiter Stelle kommt die National Union of General and Municipal Workers (Allgemeiner und Gemeindefahrerverband) mit 291 000 Mitgliedern 1929 und 284 000 Mitgliedern 1928. — Die weiblichen Mitglieder in der Gruppe Transport usw. nahmen ab von 173 000 1920 auf 52 000 1927, 48 000 1928 und 46 000 1929.

Auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes eingetragen waren 1929 472 Organisationen von Arbeitnehmern, die am Jahresschluß 3 779 000 Mitglieder zählten. Die Eintragung gewährt gewisse Vorteile, bringt aber auch manche Verpflichtungen mit sich. Die eingetragenen Organisationen sind zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet und die Aufsichtsbehörde veröffentlicht alljährlich über deren Finanzgebarung einen Bericht. Dem Bericht für 1929 ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen aller eingetragenen Organisationen 9 682 000 Pfund Sterling und ihre Gesamtausgaben 8 911 000 Pfund Sterling betragen. Hiervon trafen auf Unterstützungsleistungen 5 585 000 Pfund Sterling oder etwa 112 Millionen Mk. Für Beiträge an Spitzenorganisationen und an die politische Arbeiterpartei wurden 473 000 Pfund Sterling aufgewendet und für Verwaltungskosten, Bildungszwecke und anderes 2 853 000 Pfund Sterling. Auf Unterstützungen entfielen 63 Proz. oder nahezu zwei Drittel aller Ausgaben.

Der Allgemeine und Gemeindefahrerverband hatte 1929 Einnahmen von 299 000 Pfund Sterling und Ausgaben von 285 000 Pfund Sterling. Für Unterstützungen gab dieser Verband 61 000 Pfund Sterling aus, davon allein für Sterbegeld 41 000 Pfund Sterling. Bei dem Verband „Transport and General Workers“ der außer Transportarbeitern noch Arbeitnehmer einer Reihe anderer Berufe umfaßt, betragen die Einnahmen 596 000 und die Ausgaben 516 000 Pfund Sterling; hiervon entfielen auf Kosten von Unterstützungen 155 000 Pfund Sterling. Der Verband der Seeleute hatte Einnahmen von 208 000 und Ausgaben von 199 000 Pfund Sterling, für Unterstützungen gab er 29 000 Pfund Sterling aus.

H. Fehlinger.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1930

Die das ganze Berichtsjahr hindurch anhaltende Arbeitslosigkeit hat sich auf die Mitgliederbewegung der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ungünstig ausgewirkt. Die Wirtschaftskrise verbesserte zugleich die Aussichten der kommunistischen Propaganda gegen die Gewerkschaften. Die Berichte der einzelnen Verbände lassen jedoch erkennen, daß das Vertrauen der Mitglieder zu ihren Gewerkschaften auch durch die verstärkte Agitation der KPD nicht zu erschüttern war. Durch langjährige Mitgliedschaft erworbene Rechte werden nicht mehr durch Eintritt in fragwürdige Vereinigungen, die ihren Mitgliedern weder im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch in sonstigen Wechselfällen des Lebens erfolgreiche Hilfe leisten können, preisgegeben. Der eingetretene Mitgliederrückgang ist zum größten Teil auf das Ausscheiden solcher Mitglieder zurückzuführen, die infolge kurzfristiger Mitgliedschaft noch keine statutarischen Ansprüche auf Unterstützung und sonstige Vergünstigungen erworben hatten und die daher auf die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft durch Kleben von Erwerbslofenmarken keinen Wert legten. Unter Berücksichtigung der unentwegten Angriffe von rechts und links auf die Gewerkschaften kann im Berichtsjahr kaum eine Abbröckelung, geschweige eine Erschütterung der Gewerkschaftsfront festgestellt werden.

Die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände ist gegenüber dem Vorjahre infolge Verschmelzung mehrerer Verbände und Ausscheidens der Filmgewerkschaft von 35 auf 31 zurückgegangen.

Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug Ende 1930 in 13 572 Zweigvereinen 4 717 569 gegen 4 948 209 Ende 1929. Der Rückgang beträgt 233 068, d. h. 4,7 Proz.

Nachstehende Tabelle zeigt die Mitgliederbewegung in den einzelnen Verbänden im Berichtsjahr und den Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt.

Gemessen an der langanhaltenden und stetig steigenden Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr ist der Mitgliederrückgang unbedeutend. Mit Ausnahme von drei Verbänden (Buchdrucker, Melker und Schornsteinfeger), die eine geringe Mitgliederzunahme nachweisen konnten, hatten alle Verbände mehr oder weniger starke Verluste. Der Verband der Steinarbeiter hatte mit 16,7 Proz. den stärksten Mitgliederverlust. Es folgten der Verband der Musiker mit 15,7, der Friseur mit 11,2 und der Bekleidungsarbeiter mit 10,7 Proz. Bei den übrigen Verbänden blieb der Rückgang unter 10 Proz. Er betrug bei den Sattlern, Tapezierern und Portefeuilern 9,8, Dachdeckern 9,3, Schuhmachern 8,7, Landarbeitern 7,8, Textilarbeitern 6,9, Kupferschmieden 6,7, Buchbindern 6,4, Fabrikarbeitern 6,0, Bauarbeitern 5,6, Zimmerern 5,3, Graphischen Hilfsarbeitern 4,9, Holzarbeitern 4,8, Lederarbeitern 4,2, Eisenbahnern 4,1, Malern 4,0, Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten 3,8, Arbeitnehmern der öffentlichen

Verbände	Es hatten Mitglieder				
	am Ende des Jahres		i. Jahresdurchschnitt		
	1929	1930	1930		
	insgesamt	insgesamt	dav. weibl.		
Baugewerksbund	489 885	462 428	476 276	429	
Bekleidungsarbeiter	76 778	68 581	73 219	34 881	
Bergbauindustriearbeiter	198 024	190 855	193 095	320	
Buchbinder	58 574	54 795	56 647	31 245	
Buchdrucker	88 573	90 389	89 835	—	
Dachdecker	11 446	10 380	10 912	—	
Eisenbahner	250 683	240 410	248 107	1 600	
Fabrikarbeiter	496 532	441 292	455 579	88 739	
Friseurgehilfen	4 452	3 952	4 267	696	
Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe u. w.	700 173	673 375	682 989	79 809	
Graphische Hilfsarbeiter	41 007	38 985	40 173	25 251	
Holzarbeiter	315 155	299 924	308 872	19 617	
Hotel-, Restaurant- u. Café-Angestellte	31 492	30 290	31 154	8 565	
Hutarbeiter	16 932	16 740	16 951	10 619	
Kupferschmiede	7 268	6 778	7 037	—	
Landarbeiter	179 626	165 505	161 579	15 091	
Lederarbeiter	35 756	34 236	34 968	7 412	
Lithographen	24 828	24 787	24 861	34	
Maler	60 377	57 894	59 434	199	
Maschinisten	52 816	51 836	51 416	30	
Melker	12 487	13 000	12 741	183	
Metallarbeiter	965 443	940 578	951 270	69 449	
Musiker	22 327	19 265	21 033	444	
Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter	179 067	174 469	177 167	32 633	
Sattler, Tapezierer und Portefeuilier	31 411	28 321	29 898	4 917	
Schornsteinfeger	3 073	8 172	3 120	—	
Schuhmacher	72 201	65 902	69 010	30 588	
Steinarbeiter	67 982	56 635	62 554	365	
Tabakarbeiter	74 241	72 543	72 644	56 645	
Textilarbeiter	297 061	276 574	288 657	165 217	
Zimmerer	109 539	103 678	106 357	—	
Zusammen	4 948 209	4 717 569	4 821 832	684 978	
1929	—	4 943 209	4 906 228	722 892	

Betriebe und des Verkehrs 3,8, Bergarbeitern 3,6, Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern 2,6, Metallarbeitern 2,5, Tabakarbeitern 2,3, Maschinisten 1,8, Hutarbeitern 1,1 und bei den Lithographen 0,2 Proz.

Im Jahresdurchschnitt ist der Mitgliederrückgang mit 84 396 außerordentlich gering. Bei allen Verbänden, die im Jahre 1929 noch keinen Mitgliederverlust, sondern einen Gewinn hatten, sind die Jahresdurchschnittszahlen bedeutend höher als die Jahresendzahlen. Der Mitgliederbestand bezifferte sich im Jahresdurchschnitt 1930 auf 4 821 832, 1929 auf 4 906 228.

Die furchtbare Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern hat die Einnahmen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 19,7 Millionen Mark herabgedrückt. Dagegen sind die Ausgaben um 31,3 Millionen Mark gestiegen. Die Gesamteinnahmen aller Verbände betragen im Berichtsjahr 231 655 304 Mk. Im Vorjahre 251 385 248 Mk. Nachstehende Tabelle zeigt die Gestaltung der Gesamteinnahmen in den Jahren 1929 und 1930 in Mark:

	1929	1930		1929	1930
Eintrittsgelder	562 352	325 670	Extrabeiträge	1 147 406	2 100 084
Verbandsbeiträge	191 640 830	173 391 574	Zinsen	9 069 902	7 235 656
Oertliche Beiträge	39 580 970	36 349 964	Sonst. Einnahmen	12 383 788	12 252 356

Der Rückgang ist bei den Verbandsbeiträgen infolge der großen Zahl von ausgesteuerten, immer noch arbeitslosen und daher beitragsfreien Gewerkschaftsmitgliedern am stärksten. Da Arbeitslose den Eintritt in eine Gewerkschaft laut Satzung nicht vollziehen können, ist auch die Summe der Eintrittsgelder erheblich niedriger als im Vorjahre. Die Steigerung der Einnahmen aus Extrabeiträgen ist ein Beweis des ausgeprägten Solidaritätsgefühls der noch in Arbeit stehenden Mitglieder für ihre arbeitslosen Kollegen. Die Einnahmen aus Verbandsbeiträgen betragen je Mitglied 43,93 Mk. gegenüber 47,36 Mk. Die Gesamteinnahmen betragen je Mitglied 48,04 und damit 3,20 Mk. weniger als im Vorjahre (51,24).

Der schwereren Zeit entsprechend gestalteten sich auch die Gesamtausgaben im Berichtsjahr mit 241 183 391 Mk. weit günstiger als im Jahre 1929, in dem sie nur die Summe von 202 944 077 Mk. erreichten. — Die Ausgaben in Mark betragen für:

	1929	1930		1929	1930
Unterstützungen	86 793 180	123 522 713	Agitation und Organisation	21 446 281	22 919 738
Arbeitskämpfe	13 304 760	9 887 447	Sonstiges	9 372 657	10 045 135
Presse u. Bildungs-zwecke	13 254 726	13 957 587	Verwaltung	58 772 473	60 849 775

Wie schwer die Gewerkschaften unter dieser furchtbaren Wirtschaftskrise zu leiden haben, wie wertvoll aber auch die Unterstützungseinrichtungen für die Mitglieder sind, zeigen die obenstehenden Zahlen. Wurden doch im Berichtsjahr allein für Unterstützungen 51,2 Proz. der Gesamtausgaben aufgewandt. Der Betrag ist um 36,7 Millionen Mark höher als 1929. Während sich alle übrigen Ausgaben unbedeutend veränderten, gingen die Ausgaben für Arbeitskämpfe im Jahre 1930, das hinsichtlich der Tarifbewegungen als ein Jahr des Stillhaltens bezeichnet werden kann, um 3,4 Millionen Mark zurück.

Die Ausgaben in Mark verteilen sich auf die einzelnen Unterstützungsarten wie folgt:

	1929	1930		1929	1930
Arbeitslosenunt.	45 231 487	77 730 533	Reiseunterstützung	879 277	1 153 500
Krankenunterstütz.	27 274 707	22 847 119	Umzugsunterstütz.	323 236	214 992
Sterbefallenunterf.	4 309 938	4 276 564	Sonstige Unterstütz.	408 791	3 010 775
Invalidenunterf.	4 278 923	8 001 197	Rechtschutz an Mitgliedern	954 661	1 098 928
Notfallunterstütz.	3 132 160	5 189 105			

Von den 36,7 Millionen Mark, die 1930 mehr für Unterstützungen verausgabt wurden, entfallen allein 32,5 Millionen Mark auf die Arbeitslosenunterstützung. Rechnet man die Mehrausgaben für Reise-, Notfall- und sonstige Unterstützung, die zweifellos vorwiegend arbeitslose Mitglieder im Betrage von 4,7 Millionen Mark erhielten, hinzu, wurden 1930 für Arbeitslose 37,2 Millionen Mark mehr als 1929 verausgabt.

Die Ausgaben für Invalidenunterstützung sind seit 1929 um 3,7 auf 8,0 Millionen Mark angewachsen. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß Altersrentenempfänger, die noch in Arbeit standen, infolge Rationalisierung und Wirtschaftskrise abgebaut und gezwungen wurden, die Verbandsinvalidenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Es sind an der Invalidenunterstützung aber auch sieben Verbände mehr als im Vorjahre beteiligt.

Der gewaltige Betrag von 123,5 Millionen Mark, den die freien Gewerkschaften 1930 für Unterstützungen aufwandten, ist auf dem Wege über den Massenkonsum restlos der deutschen Wirtschaft zugeflossen.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

4 104 000 Arbeitslose wurden nach den Zählungen der Arbeitsämter am 15. August 1931 festgestellt. Das bedeutet eine Zunahme in der ersten Augusthälfte um rund 114 000.

Die Reichsbank hat auf Grund des Ausweises vom 15. August beschlossen, den Lombardfuß ab 18. August von 15 auf 12 Proz. herabzusetzen. Die Notendeckung durch Gold und Devisen ist von 38,2 auf 39,7 Proz. gestiegen.

Eine Revolte in der Wirtschaftspartei hat jetzt zu dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Dreiwitz geführt. An seine Stelle wurde Prof. Dr. Bredt berufen.

Kommunistische Mordmörder haben in Leipzig am 15. August drei sozialdemokratische Flugblattverteiler niedergestochen. Der 18 Jahre alte Genosse Wartus ist gleich darauf gestorben.

Die Baseler Bankierberatung ist mit dem Ergebnis abgeschlossen worden, daß die Verlängerung der kurzfristigen Kredite im Gesamtbeitrage von etwa fünf Milliarden Mark um sechs Monate vorgenommen wird unter der Voraussetzung, daß die Zentralbanken von Frankreich, England und Amerika sowie die B.Z., die den 100-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Reichsbank gewährte, diesen Kredit ebenfalls um sechs Monate verlängern.

Die Hundertmark-Gebühr für Auslandsreisen ist durch Beschluß des Reichskabinetts vom 23. August ab 26. August 1931 aufgehoben.

Die ungarische Regierung unter Führung des Nationalisten Bethlen ist zurückgetreten, nachdem Frankreich eine finanzielle Hilfe nur unter der Bedingung einer Aenderung des Regierungskurses gewähren will.

In China ist der Tsingtsiang über die Ufer getreten und hat eine furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe herbeigeführt, der Tausende von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften fordern ein Bankenamt! Die Vorgänge der letzten Wochen dürften auch dem Kurzsichtigsten die Augen darüber geöffnet haben, daß das Vertrauen zu den sogenannten deutschen Wirtschaftsführern im In- und Ausland ziemlich auf den Nullpunkt gesunken ist. Die vielbesohdete öffentliche Hand hat wankende Unternehmen in umfangreicher Weise stützen müssen. Das Reich war gezwungen, sich mit erheblichen Beträgen an der Danat- und Dresdener Bank zu beteiligen, das Reich und Bremen mußten die zusammengebrochene Schröder-Bank finanzieren. Eine öffentliche Kontrolle des gesamten Kreditwesens, insbesondere der Kreditinstitute, ist dringend erforderlich, um den deutschen Kredit wieder zu heben. Neben die Kontrolle muß selbstverständlich mindestens der Anfang einer nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Kapitalbildung durch die öffentliche Hand treten. Als Vertreter der gesamtwirtschaftlichen Interessen kommt selbstverständlich nur das Reich in Betracht. Von diesem Gedanken ausgehend, fordern die Gewerkschaften die Errichtung eines Bankenamtes, das in ähnlicher Weise über die Kreditgebarung sämtlicher Geldinstitute zu wachen hat, wie das von ihnen bereits seit Jahren geforderte Kartell- und Monopolamt Vereinbarungen der Kartelle usw. beaufsichtigen soll. Die Vorstände des A.D.G.B. und des A.F.A.-Bundes haben nunmehr Richtlinien für das Gesetz über die Errichtung eines Bankenamtes ausgearbeitet, in denen die Mindestbestimmungen umrissen sind, die sie für die gesetzliche Regelung für notwendig erachten. Die Richtlinien sind dem Reichswirtschaftsministerium zugeleitet worden.

RUNDSCHAU

Die deutsche Handelsbilanz stark aktiv. Die Handelsbilanz Deutschlands im Monat Juli zeigt stark die Züge der Krise. Die Ausfuhr stieg und die Einfuhr ging zurück. Die tatsächliche Einfuhr betrug 538 Millionen Mark und ist mit dieser Ziffer auf den niedrigsten Stand angelangt. Gegenüber dem Vormonat ist ein Einfuhrrückgang von rund 70 Millionen Mark zu verzeichnen. Davon entfallen 40 Millionen Mark auf die Rohstoffe. Die Ausfuhr stieg von 713 Millionen Mark im Juni auf 792 Millionen Mark im Juli; außerdem sind 35 Millionen Mark an Reparations-Sachlieferungen zu verzeichnen. Die Zunahme der Ausfuhr betrug 80 Millionen Mark; sie entfällt fast ausschließlich auf die Fertigenwaren. Die Handelsbilanz für Juli schließt mit einem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß ohne Reparations-Sachlieferungen von 254 Millionen Mark ab. An der Zunahme der Fertigenwarenausfuhr von 75 Millionen Mark sind insbesondere beteiligt: Maschinen, chemische Erzeugnisse, Textilwaren usw. In der Zeit von Januar bis Juli hat die deutsche Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß von nicht weniger als 1½ Milliarden Mark aufzuweisen, wovon 285 Millionen Mark auf die Reparations-Sachlieferungen entfallen.

Mord!

Arbeiter, seht euch das an —

Zu Hintergrunde die Galgen-Faschisten,
Aber vorn ihre Lakaien, die Kommunisten —
Jetzt gehen sie mit dem Messer ran —!

Arbeiter, hier sieht euer größter Feind —:

Der Haß, den die Thälmanns beharrlich gefäß,
Der Haß, der den Massen die Köpfe verdreht —,
Und der drüber wacht, daß ihr nie euch vereint —!

Arbeiter, der da am Boden lag,

Der hat mit euch gemeinsam gestritten,

Der hat mit euch gemeinsam gelitten

Und alle, alle traf dieser Schlag —!

Das sind die Kumpane vom Volkseigentum —

Kommunisten, seht euch den Toten an,

Ist einer von euch, der das billigen kann —?!

Besinnt euch! Rehet um! Es ist höchste Zeit! —

Kurt Kaiser Blitt.

RUNDFUNK

Vorschau auf das Septemberprogramm der Deutschen Welle. Zu Beginn der diesmaligen Programmüberschau sei gleich auf einen Vortrag von Dr. Axel Neels hingewiesen, der am 30. (19.20—19.45) über das Thema „Schafft Hörgerneiden“ spricht. Im Rahmen der staatsbürgerlichen Vorträge behandelt Dr. Borries am 3., 10., 16., 24. (18.30—18.55) das Thema „Mittleuropa als Problem“. Felix Stierner spricht am 23. und 30. (18.30—18.55) über „Sozialismus als Weltanschauung“, die Vortragsreihe wird mit einem dritten Vortrag im Oktober beendet. Am 7. (18.30 bis 18.55) behandelt Major Marks das Thema „Staat und Wehrmacht“ und am 14. spricht Generalleutnant a. D. Brand über „Die Kriegsführung der Zukunft“. Am 22. (19.30—19.55) hält Maximilian Müller-Jabusch seine „Weltpolitische Stunde“ ab, in der ein aktuelles Problem besprochen wird. — In der Stunde für das Auslandsdeutschtum spricht am 3. (18.00—18.25) Dr. A. Haushofer über „Die Lage der deutschen Bauern in Rußland“ und am 17. (18.00—18.25) Privatdozent Dr. K. C. Thalheim über das Thema „Bevölkerungsprobleme des Grenz- und Auslandsdeutschtums“. — Die musikwissenschaftlichen Vorträge im September werden am 8. (17.30—17.55) mit einem Vortrag von Karl August Waltherr über „Klang und Farbe“ eröffnet. Am 16. (20.30—21.00) hält Prof. Kurt Jöde eine Singstunde ab, am 27. beginnt Dr. Nikolaus Feinberg eine Vortragsreihe, in der er Musikporträts vermittelt. Am 28. (17.30—17.55) setzt Dr. Michaelis seine Vortragsreihe „Musik im Märchen“ fort. Der ausländischen Musik sind drei Darbietungen gewidmet: Johannes Velsen spricht am 22. (17.30—17.55) über „Holländische Art und Volksmusik“, am 23. (17.30—17.55) spricht Alois Melichar über „Persische Musik“ und am 30. (17.30—17.55) Dr. Siegfried Hadel über „Das geistliche Negerlied“. — Im Rahmen der literarischen Veranstaltung spricht Dr. Langheinrich-Anthos am 2. (18.00—18.25) über „Romane der neuen Generation“, am 28. behandelt Prof. Dr. Heinrich Loewe das „Buch in der antiken Welt“. Rudolf Pechel spricht jeweils Dienstags (18.30—18.55) über „Bleibende Werte der deutschen Dichtung“. Verschiedene Vorträge sind im September dem Gedächtnis Wilhelm Raabes gewidmet. Am 6. spricht über den Dichter Friedrich Castelle, Regitationen bringt Elise Johannsen zu Gehör. In der Jugendstunde vermittelt am 7. (15.40—16.00) Otto Buchmann „Jugenderinnerungen an Wilhelm Raabe“. In den Dichterstunden der Deutschen Welle kommen am 9. (19.30—19.55) Rudolf Panwitz und am 20. (19.30—19.55) Georg Renal zu Gehör. Dr. Franz Rühlmann spricht am 12. (19.30—19.55) über „Braunschweiger Dichter“. — Im Jahresprogramm „Die Welt des Arbeiters“ wird jeweils Freitags in der Zeit von 19.30—19.55 Uhr in vier Vorträgen das Problem „Organisation im Arbeiterleben“ behandelt. — Im Volkswirtschaftsfunk der Deutschen Welle werden im September außerordentlich wichtige Gegenwartsprobleme behandelt. Am 1. (19.30—19.55) spricht Prof. Dr. v. Bartoldi über das Thema „Kann sich Deutschland selbst ernähren?“ Am 8. (19.30—19.55) wirft Reichsminister a. D. Dr. Hamm die Frage auf „Warum muß Deutschland Außenhandel treiben?“ und am 15. (19.30—19.55) bespricht Wilhelm Eggert die Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Oberregierungsrat Joachim Tiburtius spricht am 11. (18.00—18.25) über das Thema „Wie wirkt sich die Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt aus?“; Ex. v. Schmidt-Ott spricht am 29. (19.30—19.55) anlässlich des 70. Geburtstages von Geheimrat Duisburg. — Im Frauenfunk der Deutschen Welle setzt Elise Steup am 10. (15.45—16.00) ihre Vortragsreihe „Frauen untereinander“ fort; Dr. Lina Wolff spricht am 17. (15.45—16.00) über „Arbeitshilfe für erwerbslose Frauen“. — In der Jungmädchenstunde hält am 25. (15.00—15.25) Dr. Konrad Dirre eine erbiologische Plauderstunde über das Thema „Wen sollen wir heiraten?“ ab.